



Romane Aglonipe e.V. - Roma in Niedersachsen -

c/o Kulturzentrum Pavillon
Lister Meile 4
D 30161 Hannover

Kontakt:
Djevdet Berisa (1. Vors.)
Tel. 0163-4275035

Bankverbindung:
Hannoversche Volksbank
Kto. 650 815 400
BLZ 251 900 01

ENGAGEMENT STATT HYSTERIE

Erklärung von Roma-Organisationen in Niedersachsen

Hannover, 09.09.2015. In dem alten traurigen Lied der Roma, „Gelem, Gelem“, das von der 1. Internationalen Roma-Konferenz 1971 in London zur Hymne der Internationalen Emanzipationsbewegung der Roma gewählt wurde, heißt es: **„Gelem, Gelem, wir gehen einen weiten Weg“**. Dieser Weg zur Gleichberechtigung hat auch im heutigen Niedersachsen, in Deutschland und Europa für viele Roma noch lange kein Ende. Aber wir hoffen auf ein Leben in einer Gesellschaft der Vielfalt.

Als Organisationen der Roma in Niedersachsen sind wir **dankbar für die Gesten der Willkommenskultur**, die von vielen Menschen den Flüchtlingen entgegengebracht werden, die aus Kriegs- und Krisengebieten Zuflucht im friedlichen Europa suchen – und die neuerdings „Migranten“ genannt werden. Flüchtlinge aus Ländern des Nahen und Mittleren Osten, dem Horn von Afrika, den ehemaligen Mitgliedsstaaten Jugoslawiens u.a. osteuropäischen Ländern suchen Schutz vor Krieg, Verfolgung und Bedrohung, vor Not und Gewalt.

Als Roma-Organisationen lassen wir die zuständigen Instanzen in Niedersachsen mit den neuen Herausforderungen durch neuankommende Roma nicht im Stich. Wir tun alles in unserer Macht stehende, um den Angehörigen unserer Minderheit, die jetzt ankommen, praktisch zu helfen. Wir stehen jederzeit auch für die zuständigen Behörden und Initiativen der Zivilgesellschaft als **Sprachmittler, Dolmetscher, Helfer** zur Verfügung.

Wir wissen: **„Niemand verlässt die Heimat leichten Herzens“**. Und wir erkennen: Trotz der „Roma-Dekade“, mit der die EU seit 2005 Länder Osteuropas in die Lage versetzen wollte, die Lebenssituation der Roma-Minderheiten zu verbessern, hat die Not der Roma-Communities in vielen Ländern nicht ab- sondern zugenommen. Viele Regierungen haben die bereitgestellten Mittel nicht zur Verbesserung der Infrastruktur, der Bildung und der Wirtschaftsförderung abgerufen und im Interesse der Roma-Communities eingesetzt. **Antiziganismus ist weit verbreitet**, Übergriffe und Gewalt gegen Roma haben in mehreren Ländern deutlich zugenommen, Dörfer mit Roma-Bevölkerung wurden von bewaffneten Banden angegriffen, Roma-Siedlungen eingezäunt. Die Diskriminierung durch staatliche Instanzen und nichtstaatliche Organisationen hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen.

Roma-Familien, die aus dieser Bedrängnis und Not fliehen, brauchen Unterstützung und Hilfe. Viele **Roma-Familien kommen mit Hoffnung**: auf Schutz, auf Respekt grundlegender Menschenrechte, auf Bildung und Ausbildung, auf eine Chance, in Europa menschenwürdig leben zu können. Die Bundesrepublik kennt diese Hoffnung: **Mehr als 11 Millionen Menschen haben nach 1945 hier Zuflucht gefunden**.

Die Aufnahme und Integration war auch damals nicht einfach oder unproblematisch. Aber mit dem politischen Willen zur Aufnahme, zur Teilhabe, zur Solidarität mit den Schwachen wird auch die Aufnahme vieler Roma in Not gelingen!

Eines wissen wir genau: Eine Gesellschaft, die die Ärmsten in Not im Stich lässt, eine Gesellschaft, deren politische Gremien Ausgrenzung statt humanitärer Hilfe planen oder praktizieren, verrät grundlegende Werte des gemeinsamen Europa: **Humanität und Solidarität mit den Schwachen.**

Mit der Bereitschaft der Aufnahmegesellschaften in Europa, auch in Niedersachsen, den Schutz suchenden Roma eine Lebenschance zu geben, werden die Angehörigen unserer Minderheit in die Lage versetzt, tatkräftig an der Entwicklung dieser Gesellschaft mitzuwirken. Junge und erwachsene Roma wollen Bildung, Ausbildung, Qualifizierung, Arbeit, um aktiv am Leben teilzuhaben und selbst ihr eigenes Einkommen zu verdienen.

Viele junge Roma haben schon gute Schulabschlüsse geschafft, sie können Ausbildungsplätze suchen und finden: Viele **Roma werden HIER gebraucht!** Viele Roma kommen bereits mit beruflichen Qualifikationen, die jetzt schon auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt sind, andere suchen eine Chance zur Qualifikation.

Wir sind überzeugt: Jeder Roma, jede Romni, jede Roma-Familie hat ein **Recht auf Leben, auf Prüfung des Einzelfalls, auf Schutz vor der Bedrohung ihres Lebens.** Wenige werden den strengen Regeln des politischen Asylverfahrens entsprechen und eine individuelle politische Verfolgung durch staatliche Instanzen nachweisen können. Die Mehrheit derer aber, die jetzt und in Zukunft ankommen, hat **Anspruch auf Schutz aus humanitären Gründen,** auch auf der Grundlage der europäischen Menschenrechtskonvention.

Zoni Weisz (73) erklärte 2012 in seiner Rede am Internationalen Holocaust-Tag, dem 27. Januar, im Deutschen Bundestag:

„Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute im einundzwanzigsten Jahrhundert, immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird“.

Für unsere Roma- und Sinti-Communities ist heute die Forderung nach Minderheitenrechten und gesellschaftlicher Teilhabe sowie der Widerstand gegen den alten und neuen Rassismus ein zentrales Anliegen, für das wir gemeinsam mit weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft eintreten.

Die politischen Instanzen in Niedersachsen sollten **das Recht auf ein menschenwürdiges Leben auch für Roma unterstützen,** ihnen in der Not beistehen und ihnen Aufenthalt gewähren. Selbst wenn die Faktoren, die viele Roma zur Flucht veranlassen, mit den Reden über „sichere Herkunftsländer“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Flucht in den Sozialstaat“ komplett falsch interpretiert und politisch unterschätzt werden, wissen wir aus der langen Erfahrung mit Aus- und Zuwanderung in Europa, dass es viele Jahre wenn nicht Generationen benötigen würde, um die Situation in den Herkunftsländern spürbar zu verbessern. Der bekannte Migrationsforscher Prof. Bade warnt: „Wissenschaftler hatten lange vergeblich empfohlen, konzeptionell die hier notwendigen Weichenstellungen in der Migrations- und Integrationspolitik zu überdenken, die Kommunen und ihre Bürger darauf vorzubereiten, bevor sich rechtsradikale Gruppen mit ihrer kultur-rassistischen Agitation des Themas bemächtigen würden. Das wurde, wieder einmal, überhört. Lautstarke Ersatzhandlungen für fehlendes konzeptionelles Engagement aber treiben nur Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen“. Und er fügte hinzu: „Die Zahlen sind zwar auch bei nüchterner Betrachtung erheblich und verlangen gezieltes Engagement, zu Hysterie aber gibt es keinen Anlass“ (Bade, 2013, Migration in Germany).

Roma kommen, werden weiterhin kommen und brauchen eine faire Chance auf ein menschenwürdiges Leben – auch in unserem Land Niedersachsen!